
„(...) UND TEURE ZEIT UND ERDBEBEN HIN UND WIEDER“ (Matth. 24,7b)

Aus gegebenem Anlaß wollen wir gern auf Anfragen reagieren, die ein ganz profanes Thema betreffen: den Erhalt der Ersparnisse und die wirtschaftliche Lage in Israel und weltweit. Auch wenn wir nach Matth. 6,24 nicht dem Mammon dienen sollen, machen sich vor allem ältere Glaubensgeschwister berechnete Sorgen über die Zukunft und hier vor allem über den Erhalt ihrer Ersparnisse und wie es überhaupt wirtschaftlich weitergehen wird.

Die wirtschaftliche Lage in Israel

Wir israelische bekennende Judenchristen beobachten die

wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in Israel, sondern auch weltweit. Israel gedenkt aufgrund der Unruhen in der arabischen Welt, die USA um weitere 20 Milliarden Dollar als Militärhilfe zu ersuchen. Verteidigungsminister Barak begründete dieses Ersuchen gegenüber seinem Amtskollegen Robert Gates im Februar in Washington, daß hierdurch die Sicherheitslage Israels in einer turbulenten Region stabilisiert würde, obschon Israel jährlich eine Militärhilfe in Höhe von 3 Milliarden Dollar erhält. Barak betonte bei seinem Treffen in Washington, daß Israel ein Inseldasein führe und als einziger demokratischer Staat umgeben sei von dik-

tatorischen Regimen, die durch die Unruhen möglicherweise abgelöst werden von islamistischen Kalifat-Staaten, denn Demokratien kennt der Koran nicht, da dies dem Herrschaftsanspruch der „Umma“ (Gemeinschaft der Muslime) widersprechen würde. Die Hoffnungen des Westens, daß sich in den arabischen Staaten eine freiheitlich demokratische Rechtsstaatlichkeit etablieren könnte, ist lediglich ein Wunschtraum. Israel hat das ägyptische Mubarak-Regime geschätzt, weil man sich in Cairo an das Friedensabkommen von Anwar el-Sadat gehalten hatte. Nun aber ist die Philadelphi-Straße in Rafach, die Mubarak abgeriegelt hatte, wieder geöffnet, so daß der Waffenschmuggel aus Ägypten den Gazastreifen erreichen kann. Außerdem erklärte die konservative Partei der Mudjaheddin (Moslembruderschaft) in Ägypten

ten, sich nicht mehr an den Friedensvertrag mit Israel halten zu wollen. Sehr fragwürdig für die weiteren Beziehungen zu Israel begründet die Tatsache, daß die islamistische Moslembruderschaft mit 70 Prozent der Stimmen die größte Popularität in Ägypten besitzt. Mehr als die Hälfte der Ägypter wollen eine Annullierung des Friedensabkommens vom Jahre 1979 mit Israel. Lediglich 36 Prozent der Befragten votieren für eine Beibehaltung des Friedens mit Israel. 60 Prozent der Geringverdiener lehnen den Friedensvertrag mit Israel ab. Lediglich 15 Prozent wollen weitere gute Beziehungen zu den USA unterhalten. Ob da nicht die Russen, wie einst, wieder zum Weggefährten und Waffenlieferanten Ägyptens werden wird, wie dies auch im Iran der Fall ist? Auf alle Fälle keine guten Aussichten für Israel und für eine Konsolidierung der Lage im Nahen Osten.

Weitere Aufrüstung in Israel

Würde nunmehr die „Fatach“ in der Westbank einseitig einen souveränen Staat ausrufen, wäre Israel gänzlich isoliert. US-Präsident Obama sagte den Israelis zwar weitere Good-will-Unterstützung zu, wenn der Judenstaat sein Moratorium zu einem Siedlungsstopp im Palästiniensgebiet verlängern würde. Bislang gab es hierüber keine Einigung mit Washington. Damit steht die Lieferung von F-35 Kampfflugzeugen aus, die einen Wert von 3 Milliarden Dollar umfaßt. Darüber hinaus möchte Israel mit einer Serie von modernen Waffensystemen sein Verteidigungsarsenal für 2012 bis 2016 aufrüsten. Doch angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in den USA und dem Mißtrauen, das der Obama-Administration in der amerikanischen Bevölkerung entgegengebracht wird, scheint es unwahrscheinlich, daß sich

die USA zu solch einer umfangreichen Waffenlieferung verpflichten werden. Darüber hinaus möchte Israel ein sechstes Unterseeboot der „Dolphi-Klasse“ von Deutschland erwerben sowie Antitank-Waffensysteme als auch für die Marine zwei Sa'ar-Rakettenboote. Die ersten F-35 Kampfflugzeuge waren von den USA für das Jahr 2015 oder Frühjahr 2016 zugesagt gewesen.

Inflationäre Tendenzen in Israel

Derweil hat auch die Inflation Israel erreicht. Während des vergangenen Jahres schossen die Preise für Lebensmittel um 53 Prozent in die Höhe. In diesem Jahr wird mit einer Verteuerung von 8 Prozent mit weiter steigender Tendenz gerechnet. Ähnlich wie in Deutschland erlebt Israel eine Verteuerung der Benzinpreise, wie auch für Brot und Wasser. Netanjahu beruft sich dabei auf die allgemeine Verteuerung weltweit. Chaim Katz, dem Vorsitzenden des parlamentarischen Sozialausschusses, stellte Premier Netanjahu in Aussicht, bei den nächsten Wahlen nicht mehr gewählt zu werden, wenn er mit dieser Wirtschaftspolitik fortfährt. Dabei sind es eigentlich mehr als eine Milliarde Schekel, die Netanjahu den ultraorthodoxen Juden mit Steuermitteln ein beschauliches Dasein ermöglicht. Aber über diese Bürde klagt man zumindest nicht öffentlich. Dies führt demzufolge auch zu einer ständigen Erhöhung der Steuern, die die ultraorthodoxen Juden auch nicht zu zahlen haben. Es wäre nicht das erste Mal, wenn die arbeitende Bevölkerung das Land mit einem Generalstreik lähmen würde. Viele Bürger sind schon nicht mehr in der Lage, die steigende Wohnsteuer (arnonah) als Abgabe an die jeweilige Stadtverwaltung zu zahlen, von der die ultraorthodoxen Juden ebenfalls befreit sind. Diese Ungleichbe-

handlung könnte der Sprengstoff für innenpolitische Unruhen zur Folge haben, denn in einem demokratischen Staatswesen hat Gleichheit unter der Bevölkerung zu gelten. Gewerkschaftschef Brosch meint, daß es keine Rechtfertigung gäbe, Preise einfach um 50 Prozent anzuheben.

Einer Meldung der Zeitung HAARETZ (8. Februar) zufolge wirft Mosche Rothman der Regierung vor, das Volk auszurauben, denn mit der Erhöhung der Gas- und Benzinpreise erhöhen sich auch die Transportkosten bei den öffentlichen Verkehrsmitteln. Manche Israelis verkaufen ihre Fahrzeuge und legen sich solche zu, die weniger Treibstoff verbrauchen. Dies bewirkt auch die Erhöhung der Benzinsteuer um immerhin 13 Prozent. Für Superbenzin von 95 Oktan wurde pro Liter der Preis um 20 Agorot angehoben. Damit kostet ein Liter insgesamt umgerechnet 1,44 Euro, was für israelische Verhältnisse im Verhältnis zur Kaufkraft der heimischen Währung viel Geld ist, denn israelische Arbeitnehmer verdienen weniger Geld als in Deutschland.

Dank der moderaten Außenpolitik des einstigen ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak konnte sich Israel auf das Nil-land in Hinblick auf die Vertragstreue als wichtigsten Öllieferanten verlassen. Dies wird sich nunmehr bei den neuen Machtverhältnissen ändern, da sich die Moslembruderschaft nicht mehr an Vertragswerke mit Israel zu halten gedenkt, es sei denn, daß sich in Cairo eine Militärregierung etablieren sollte, die weniger fanatisch sein dürfte, als die fanatisierten Islamisten und erklärten Feinde des zionistischen Staates.

So ist es geradezu ein Geschenk des Himmels, daß vor der Küste Israels ein ergiebiges Ölfeld für die nächsten 30 Jahre gefunden wurde. Doch die Förderfirmen „Tamar“ und „Leviathan“ könnten die bisherigen Preise

verdreifachen, weil sie dann ein Monopol hätten. Es wird sich zeigen, ob der Staat dann den Ölpreis festlegt oder weiterhin es zuläßt, daß die Treibstoffpreise steigen werden.

Atomkraft Nein Danke?

Premier Netanjahu denkt einer Meldung des amerikanischen CNN-Nachrichtenkanals über die Errichtung eines Kernkraftwerkes in der Wüste Negev nach (HAA-RETZ vom 18.März). Doch der Atomunfall im japanischen Fukushima sowie die Naturgasfunde vor Israels Küste haben diese Pläne zurückstellen lassen. Israels einziger Atommeiler steht in Dimona nahe der Städte Arad und Beer-Scheva. Darüber hinaus liegt das AKW in Dimona nur 30 Kilometer entfernt von der syrisch-afrikanischen Verwerfung, wo ein Erdbeben jederzeit möglich ist. Hinzu kommt noch, daß der Reaktor in Dimona älterer Bauart ist als derjenige in Fukushima. Da Israel in Dimona seine Atomwaffen entwickelt und produziert, untersteht das ganze Gelände größter Geheimstufe. Auch ein „Eiserner Dom“ ist als Schild über das ganze Gelände angelegt, so daß bereits ein israelisches Flugzeug abgeschossen wurde, das versehentlich in den Luftraum über den Reaktor eingedrungen war. Insofern weiß die Öffentlichkeit nichts über die Baufähigkeit oder Störfälle dieses alten Reaktors. Und weil Israel den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet hat, ist auch internationalen Spezialisten der Zugang verwehrt, die die Zuverlässigkeit des Reaktors prüfen oder neue Technologien einführen könnten. Insofern müßte das AKW in Dimona aufgerüstet werden, das lediglich von einer nationalen Expertenkommission regelmäßig inspiziert wird. Nahe Gan Yavne liegt dann noch der Forschungsreaktor Nahal Sorek, den man von der Autobahn auf der Strecke

von Tel Aviv in den Landessüden einsehen kann. Wenn ich zu den Hausbibelkreisen nach Aschdod und Aschkelon fahre, sehe ich die Anlagen, die natürlich auch Israels Feinde kennen und ein bevorzugtes Ziel eines Angriffs ist. Selbst Iraks Präsident Hussein versuchte mit seinen SCUD-Raketen den Atommeiler in Dimona zu treffen, aber da seine Raketen keine Zielgenauigkeiten besaßen, fielen sie lediglich in den Staub der Wüste Negev.

Notstand in Israels Krankenhäusern

Derweil fehlen neuerdings Betten in Israels Krankenhäusern. Das Obergericht forderte die Regierung auf, innerhalb eines Monats für ausreichende Betten in den Hospitälern zu sorgen. Das Gesundheitsministerium kam zwischenzeitlich mit dem Finanzministerium überein, 960 Betten in den Krankenhäusern innerhalb von sechs Jahren einzurichten. Die Medizinische Gesellschaft in Israel fürchtet, daß die zusätzlichen Betten lediglich für Wöchnerinnen-Stationen eingesetzt werden, weil diese vom Nationalen Versicherungsinstitut bezuschußt werden. Damit wird sich nichts an der Bettenzahl für Intensivstationen in Israels 27 Hospitälern ändern. Oberrichter Salim Jubran rügte das Gesundheitsministerium, nicht genug für die Intensivmedizin zu tun. In einem Bericht des OECD wird Israel, was die Bettenanzahl angeht, als Schlußlicht von 1,9 Betten per 1000 Einwohner noch vor Mexiko geführt. Dr. Leonid Eidelman vom medizinischen Dienst stellt fest, daß bei einem größeren Terroranschlag nicht genügend Betten für die Verletzten vorhanden wären, so daß sie auf den Gängen unbehandelt versterben müßten.

Damit die ultraorthodoxen Juden zum obligatorischen Armeedienst gehen, lockt nunmehr die

Regierung mit einer Bonuszahlung von 5.370 Schekel monatlich für jeden freiwilligen „frommen“ Juden. 800 ultraorthodoxe Juden haben sich inzwischen zum Wehrdienst angemeldet. Als ich zur Armee eingezogen wurde, hatte ich als Familienvater von drei Kindern keinen Schekel von der Regierung ausgezahlt erhalten. Dafür wurde mein israelischer Arbeitgeber zur Kasse gebeten. Doch die stets präferierten ultraorthodoxen Juden brauchen nur eine beschränkte Zeit in der Armee Dienst tun. Sie werden behandelt wie „heilige Kühe“. Dafür hat die Regierung für das laufende Jahr bereits 80 Millionen Schekel bereitgestellt. Darüber hinaus erhält die Armeeführung 15 Millionen Schekel dafür, daß sie ultraorthodoxe Juden für den Wehrdienst einführt.

Jerusalem in finanzieller Not

Jerusalems Oberbürgermeister Nir Barkat gab bekannt, daß der Haushalt für die Hauptstadt zu 25 Prozent gekürzt werden müsse, nachdem die Regierung eine Zusatzbezuschussung verweigert hat. Die Regierung hatte für die Hauptstadt und die größte Sehenswürdigkeit des Landes ein „Jerusalem Rule“, d.h. eine Sonderzahlung eingerichtet, die im Jahre 2000 noch 269 Millionen Schekel und 2010 nur noch 170 Millionen Schekel betrug. Das Budget für Jerusalem wird also um 13 Millionen Schekel gekürzt werden. Der Vorsitzende des parlamentarischen Finanzausschusses, Rabbi Mosche Gafni von der orthodoxen „Torah-Judaismus-Partei“, der in der Vergangenheit das „Antimissionsgesetz“ dahingehend erweitern wollte, daß schon der Versand des Neuen Testaments in Israel mit einem Jahr Gefängnis bestraft werden soll, hielt aufgrund der finanziellen Notlage der Stadt eine Sondersitzung ab; und dies trotz der höchsten Stadtsteuer (arnonah)

des Landes. OB Berkat fordert ein jährliches Budget für Jerusalem in Höhe von 1,4 Milliarden Schekel.

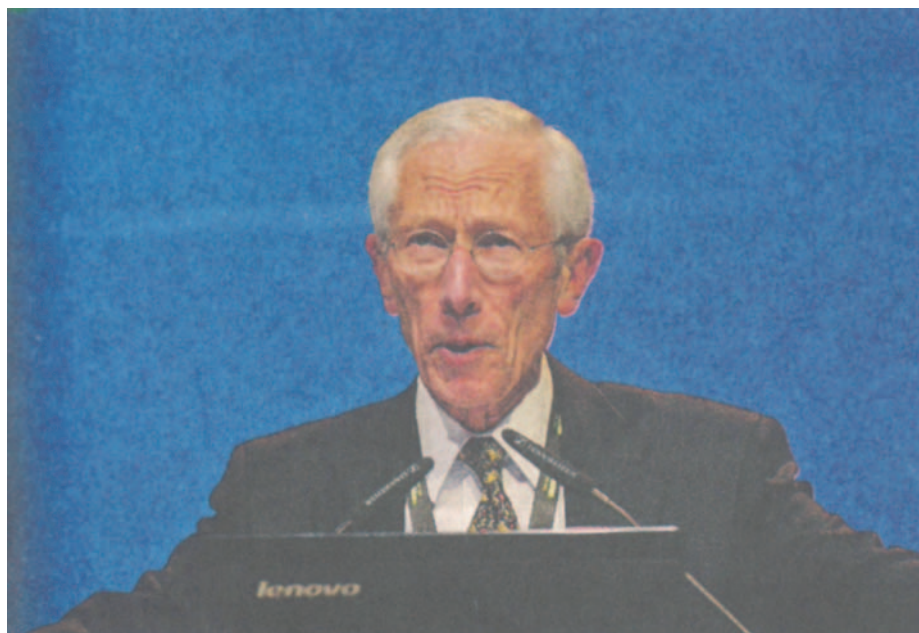
Arabische Haushalte in besonderer Not

Arabische Haushalte leiden in doppeltem Maße an Armut als die israelischen. Dies stellte die Menschenrechtsorganisation „Sikkui“ in einem jüngsten Wirtschaftsbericht fest. Während 26,5 % jüdische Haushalte als „arm“ gelten, sind es im arabischen Sektor 60,6 %. Diese Feststellung bezieht sich auf den Zeitraum von 2004 bis 2008. Die Lage dürfte sich noch weiter verschlechtern haben. Sie bezieht sich auf die Lebensbereiche Erziehung, Gesundheit, Wohlfahrt, Beschäftigung und Haushalt. Auch die Versorgung für den arabischen Bevölkerungsteil ist gegenüber dem jüdischen Teil unterschiedlich. Während auf die Israelo-Araber ein Sozialarbeiter für 522 Araber zur Verfügung steht, gibt es einen Sozialbetreuer für 351 Israelis. Die Kindersterblichkeit im arabischen Sektor beläuft sich auf 7,7 Prozent per 1000 Säuglinge, auf jüdischer Seite sind es lediglich 3,3 Prozent. Diese Ungleichbehandlung sorgt weiterhin für eine Kluft zwischen der israelischen und arabischen Bevölkerung des Landes, wobei diese Kluft sich weiter vergrößert und zwar zum Vorteil der ultraorthodoxen Juden, die in erheblichem Maße auch vor den liberalen und vor allem arbeitenden jüdischen Bevölkerung bevorzugt werden. Damit hat sich Netanjahu seinen ultraorthodoxen Koalitionspartnern gebeugt, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit drohen, aus der Regierungskoalition auszutreten, wenn Netanjahu ihren ständigen neuen Forderungen nicht nachkommt.

Die finanzielle Lage des Staates

Durch die weltweite Finanzkrise verlor die Bank von Israel laut Aussage des Gouverneurs Stanley Fischer 17,9 Milliarden Schekel im Finanzjahr 2010 gegenüber einem Profit von 1,4 Milliarden Schekel im Jahre 2009. Der Verlust an Wertpapieren von 17,6 Milliarden Schekel resultiert aus der Fluktuationsrate in den Wechselkursen. Die Reserve der Bank von Israel in Fremdwährungen betrug bis Ende 2010 insgesamt 70,9 Milliarden Dollar und war damit gegenüber Ende 2009 um 60,6 Milliarden Dollar gestiegen. Da jedoch zusehends der Dollar an den internationalen Finanzmärkten an Wert verliert, wie wir im Verlauf dieses Lageberichtes sehen werden, dürfte sich diese Entwicklung auch negativ

Dollars auf die hohe Kante legen, sondern auch andere Währungen, wie beispielsweise den EURO. Über die Goldreserven liegen uns keine Meldungen vor. Falls diese in Fort Knox liegen, wird es Israel Schwierigkeiten bereiten, diese nach Israel zu transferieren, da den Amerikanern selbst das Wasser bis zum Halse steht. Israels Geldreserven belaufen sich auf 274 Milliarden Schekel (= 54,8 Milliarden Euro). Zum Jahresultimo Ende 2009 betrug der Geldbestand noch 252 Milliarden Schekel (Anstieg um 8,6 %). Allein an Personalkosten und für Rentenansprüche für Bankangestellte gab die Bank von Israel 2010 450 Millionen Schekel aus. Das israelische Bankengesetz schreibt dem Gouverneur Preisstabilität, Wachstum und Förderung eines ausgeglichene Etats vor.



Stanley Fischer, Gouverneur der Bank von Israel

Ofer Vaknin

auf die Bonität des israelischen Schekel auswirken, der allzu sehr auf den US-Dollar fixiert ist, was vermutlich auch auf den amerikanischen Bankgouverneur Fischer zurückzuführen sein wird. Israel ist somit schlecht beraten, sich derart einseitig auf den amerikanischen Dollar zu verlassen. Israel sollte also nicht nur US-

Das Finanzdebakel in Europa

Seit Frau Dr. Süssmuth wurde eine Volksbefragung (Referendum) in wichtigen Fragen unterbunden. Es hätte sich wohl auch aus Eigeninteressen der jeweiligen Parteien eine Abstimmung bzw. Änderung des Grundgesetzes erübrigt, da es hierzu eine

Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag benötigt hätte. Denn dann hätte es gar keine Abschaffung der Deutschen Mark zu Gunsten eines imaginären EURO gegeben. Den damaligen Protest des französischen Präsidenten Francois Mitterand, der bei einem Verzicht Deutschlands auf eine solche Gemeinschaftswährung mit einer Nichtanerkennung eines wieder vereinigten Deutschland gedroht hatte, hätte ich an Helmut Kohls Stelle ignoriert, weil es sich dabei um eine innenpolitische Angelegenheit handelt. Frankreich verbittet sich ja auch jede Einmischung in seine innenpolitischen Angelegenheiten. Israel beispielsweise hatte 20 Prozent seiner eigenen Währung (Schekel) mit Deutscher Mark abgesichert gehabt. Den Rest von 60 Prozent mit US-Dollars und die übrigen 20 Prozent mit Schweizer Franken. So kam die Abschaffung der Deutschen Mark den Franzosen recht, die stets mit scheelem Blick auf die harte DM geschaut hatten, mit dem der französische Franc niemals konkurrieren konnte.

Außerdem sind die Juristen, die die Maastrichter Verträge verfaßt haben, Dilettanten größten Stiles, denn dabei wurde nicht berücksichtigt, daß bei Lieferung frasierter Zahlen, wie in Griechenland mit dolus (vorsätzlich) geschehen, der sofortige Ausschluß als Strafmaßnahme aus der Währungsunion hätte erfolgen müssen. Diese Strafmaßnahme wäre für all jene Staaten eine Abschreckung gewesen, die damit kalkuliert haben, ihre eigene marode Währung auf Kosten des EURO sanieren zu können.

Demnach hatte damals Herr Kohl verantwortungslos am deutschen Volke gehandelt, als er nicht über die Weitsicht verfügte, Schaden vom deutschen Volke und seinen Steuerzahlern fernzuhalten. Denn nunmehr muß Deutschland sozusagen für die europäischen Schuldenmacher

aufkommen, wobei der EURO dadurch sukzessive an Wert verliert. Dies lernt man im ersten Semester des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums. So ist auch eine Umschuldung Griechenlands nicht mehr auszuschließen, die auch private Gläubiger treffen würde – vor allem letztendlich den deutschen Steuerzahler. Deshalb sollte Griechenland zur Drachme zurückkehren und selbst für eine Sanierung seines Etats Sorge tragen. Dies allerdings verbietet die europäische Solidargemeinschaft. Deutschland als Retter Europas? Ich erinnere daran, daß gleich nach Merkels Wahl diese Dame in Brüssel die Zahlung Großbritanniens in Höhe von 2 Milliarden EURO übernahm, ob schon Deutschland dazu gar nicht verpflichtet war. Daher wurde sie in Brüssel als die neue Margret Thatcher gefeiert – auch auf Kosten des deutschen Steuerzahlers.

Und nun kommen die USA als Wackelkandidat hinzu, was bei Staatsschulden in Höhe von 14 Billionen Dollar zu erwarten war. Denn Herr Obama fällt bei seiner maroden Finanzpolitik nichts Besseres ein, als weiterhin munter Dollarnoten zu drucken, um damit die Gläubiger auszuzahlen. Doch eine solche Politik weckt kein Vertrauen der Anleger in die Staatsanleihen, und diese dann folgerichtig ihr Geld abziehen werden. Auch eine Abstimmung mit den republikanischen Gegnern im Kongreß wird die ungeheuren Staatsschulden eines Auslandsdefizits vor allem gegenüber China und auch Japan nicht aufheben. Die USA werden trotz der Einstufung von der Rating-Agentur S&P auf „AAA“ nicht vor einem Absturz gefeit sein, denn der langfristige Ausblick von „stabil“ auf negativ“ ist nur als schüchtern Versuch zu werten, Vertrauen in den US-Dollar wieder herzustellen. Schließlich verfolgt S&P als amerikanische Institution dabei auch eigene Interes-

sen. Die USA haben demnach kein „AAA“ als Bewertung verdient!

Und wenn EZB-Präsident Trichet weiterhin die maroden griechischen Staatsanleihen aufkauft, die inzwischen schon 60 Prozent ausmachen und die bereits von Ausländern gehalten werden, betreibt er wissentlich den Absturz im Vertrauen zum EURO. Denn von diesem Geld werden deutsche Steuerzahler einmal nichts mehr sehen, denn ein 50-prozentiger Schnitt würde allein bei deutschen Kreditinstituten zu einem Verlust von neuen Milliarden Euro führen. Inzwischen droht ein solcher Schuldenschnitt Irland und Portugal, die auf Milliardenhilfen angewiesen sind. Selbst Spanien und Italien sind bereits im Gespräch, die sich jedoch (noch) nicht die Blöße geben wollen, in ihrer Finanzpolitik über ihre Verhältnisse gelebt zu haben. Dieser Domino-Effekt scheint mir unausweichlich zu sein, nur wird weiterhin an der Brüsseler Solidargemeinschaft festgehalten wider besserem Wissen und Gewissen. So fürchte ich, daß der weitweite Finanzmarkt-Tsunami nicht mehr zu verhindern ist, was zu einem Run auf das altbewährte Gold zur Folge hat, denn „am Golde hängt, zum Golde drängt doch alles“ (aus Goethes „Faust“) und was schlußendlich den Weg freimacht für ein globales Finanzsystem unter Leitung einer Weltregierung, die sich zunehmend antichristlich entwickeln wird; so geschehen am Ende der Weimarer Republik mit Ebert an der Spitze, die den Weg freimachte für den Hasardeur und Massenmörder Adolf Hitler.

Wenn dennoch die EU-Diplomaten keinen Anlaß zur Panik sehen, dann ist dies schlicht und einfach ein unverantwortlicher Zweckoptimismus, um die Bürger der Europäischen Union ruhig zu stellen, denn Brüssels Fähigkeiten in der momentanen Krisenbe-

wältigung sind keineswegs vertrauenswürdig. Der Hinweis auf die lange Tradition und eines funktionierenden Systems sowohl in den USA als auch in Europa ersetzt keineswegs eine disziplinierte Haushaltspolitik, wonach die 3 % einer Verschuldungsgrenze (Stabilitätspakt) nicht zu überschreiten sind. Auch diese Regelung des Maastrichtsvertragswerkes wurde inzwischen konterkariert. Insofern ist auch Volkswirt Guntram Wolff vom Brüsseler Wirtschaftsforschungsinstitut Bruegel keineswegs zu glauben, der da behauptet: „Europa wird nicht wackeln, weil Europa politische Lösungen finden wird. Dabei geht es vor allem um die Frage der Lastenteilung!“ Dabei verschweigt er geflissentlich, daß diese Lastenteilung auf Kosten des deutschen Steuerzahlers geht. Wie lange wird das deutsche Volk dieses üble Spiel mitspielen? Bis der starke Mann erscheinen wird? Daher hatte man in der breiten Öffentlichkeit so viele Hoffnungen auf Sarrazin gesetzt, der jedoch seine Heimat noch immer in der SPD zu finden meint. Wäre ich nicht schon so alt, würde ich eine Partei gründen, die davon ausgeht, daß Deutschland in erster Linie eigene, nämlich deutsche Interessen zu vertreten hat und seine Wirtschaftskraft nicht mit anderen Staaten zu teilen gedenkt, die einen Lebensstil des „nonchalance“ ausleben („Die Deutschen leben, um zu arbeiten; wir indes arbeiten, um zu leben“, lautet deren Slogan). Wann wird also auch Frankreich an die Reihe kommen?

Der Wahlerfolg der Eurogegner in Finnland zeigt die neue Richtung an, die nicht mehr bereit sind, verschuldete EURO-Länder zu retten. Eine solche Einstellung läßt geradezu zur Nachahmung ein. Der Gigantismus von Herrn Verheugen, möglichst viele (Klein-) Staaten in die EU zu holen, ohne deren Bonität vorher geprüft zu

haben, ist ein unverantwortlicher Fehler gewesen, weil all diese Staaten von Malta bis Irland nur deswegen in die Europäische Währungsunion eingetreten sind, weil sie sich davon einen finanziellen Vorteil erhofft haben.

So werden die USA weiterhin Dollarnoten drucken und die Arbeitslosigkeit wird weiterhin zunehmen, wobei Barak Hussein Obama nicht einmal so viel Selbsterkenntnis aufzubringen vermag, sein Versagen einzusehen und nicht nochmals als US-Präsident zu kandidieren, obschon er dafür bereits eine Milliarde Dollar (wohl von seinen farbigen Wählern) erhalten hat. Selbst in Israel hat der Dollar bereits an Wert verloren. Der Ruf nach einer neuen Leitwährung wird vor allem bei den Chinesen immer lauter werden. Die Inflationsgefahr aus den USA könnte dann auf ein währungsschwaches Europa übergreifen. In Matth. 24,7 ist bereits von „teurer Zeit“ (= Inflation) die Rede, die ebenfalls ein Hinweis auf die eschatologische Entwicklung unserer Zeit ist.

Daher ist auch der Hinweis auf eine „Zwangshypothek“ so wichtig, die sich Art. 14 GG vorbehält. Darauf wies Gerhard Spannbaauer in einer Mail vom 20. April 2011 hin.

Darin heißt es:

„Zensus 2011 – sucht die Regierung nach neuen Geldquellen?“

Die Geschichte zeigt, daß Regierungen und Machthaber – wie einst aus steuerrechtlichen Gründen der römische Kaiser Augustus zur Zeit Jesu Geburt – immer wieder versuchten, den gläsernen Menschen zu schaffen, um sich damit auch Erkenntnisse über dessen Wohlstand und Vermögensverhältnisse zu verschaffen. So fragt man sich, zu welchem Zweck der Zensus (Volksbefragung und –zählung) 2011 mit solcher Eile durchgezogen werden muß. Ginge es dabei nur um die Erkundung der Eigen-

tumsverhältnisse von Immobilien, wären die Angaben der Grundbuchämter ausreichend. Doch der Verdacht kommt auf, daß auch der Wert der Immobilie, wie Baujahr, Lage, Wohnfläche, Grundstücksgröße, innere Ausstattung etc., damit ausgespäht werden soll. Es soll ein zentrales Register aller Wohnhäuser und (Stadt-) Wohnungen in Deutschland geschaffen und deren Gesamtwert ermittelt und erfaßt werden. Kritiker sehen daher im Zensus 2011 einen ersten Schritt zur Zwangshypothek. Betroffen wären dabei Eigentümer von Immobilien.

Eine Zwangshypothek ist rechtlich zulässig. Artikel 14 GG sieht vor: „Eigentum verpflichtet!“. Die Enteignung oder Belastung des Eigentums muß nur dem „Wohle der Allgemeinheit“ dienen, was der Staat festlegen kann (s. die Zwangsabgabe des „Solidaritätszuschlags“ zu Gunsten der neuen Bundesländer, der längst überholt ist, aber die Bürger des Staates noch immer belastet). Solche Maßnahmen sind nicht neu und wurden bereits in den Jahren 1923 (Inflation) und 1948 (Währungsreform) praktiziert.

Dabei wird eine Grundschuld zu Gunsten des Staates in das Grundbuch eingetragen, die den Hauseigentümer zwingt, diese Schuld, die nicht seine eigene ist, abzahlen. Nach Einschätzung der Immobilienwirtschaft stellt das Immobilienvermögen der Deutschen einen Gesamtwert von neun Billionen Euro dar. Würde auf jede Immobilie eine Zwangshypothek von nur 20 Prozent ihres Wertes eingetragen, wären Deutschlands Staatsschulden im Prinzip abbezahlt. Eine Verfassungsbeschwerde gegen den Zensus 2011 wurde unterdessen vom Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung gar nicht erst angenommen. Weitere Informationen zum Lastenausgleich finden Sie auf „Wikipedia“

Wenn der Fragebogen in Ihrem Briefkasten liegt, sind Sie zur Auskunft verpflichtet. Geben Sie nicht richtig, unvollständig oder rechtzeitig Auskunft, kann eine Geldbuße in Höhe von 5.000 Euro gegen Sie verhängt werden. Sie haben zwar ein Widerspruchsrecht, was aller Voraussicht erfolglos sein wird. Außerdem hat der Widerspruch nicht in allen Bundesländern eine auf-schiebende Wirkung.

Wenn Sie zu den „Stichproben“ gehören, bei denen ein Erhebungsbeauftragter an der Haustür klingelt, der sich auch als ein solcher ausgewiesen hat, müssen Sie folgende Fragen beantworten:

Ihren Namen, Ihr Geburtsdatum, Ihr Geschlecht, Anzahl der in Ihrem Haushalt lebenden Personen. Weitere Fragen müssen Sie mündlich nicht beantworten. Der Erhebungsbeauftragte hat auch kein Recht, Ihre Wohnung zu betreten. Dies ist geregelt im

§ 11 VI., X ZensusG 2011. Der entsprechende Gesetzestext des Bundesjustizministeriums finden Sie im Internet oder unter info@krisenvorsorge.com.

An dieser Entwicklung wird deutlich, wohin Deutschland und der Rest der Welt hinsteuern. In wenigen Jahren wird China die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt sein und nicht mehr die USA. Welcher Bibelkenner denkt dabei nicht an Offb. 16,12: „*Und der sechste Engel goß aus seine Schale auf den großen Wasserstrom Euphrat; und das Wasser vertrocknete, auf daß bereit würde der Weg den Königen vom Aufgang der Sonne.*“? Auch diese Aussage ist ein Hinweis auf das endzeitliche „Bawel“, von dem wir in unserem Editorial gehört haben. Denn Gottes Langmut geht ihrem Ende zu und macht damit den Weg frei für die Drachen und Dämonen. Der Vor-schatten einer solchen unheimli-

chen Feindmacht war einst der Perserkönig Kyros, der ebenfalls „vom Aufgang der Sonne“ kam (Jes. 41,24). In der Endzeit ist damit wohl die Volksrepublik China gemeint, die – wie schon erwähnt – im Begriff ist, an der Spitze der Weltwirtschaft zu stehen. Auch daran ist zu erkennen, daß das Wort Gottes nicht lügt, und der HERR treu zu seinen Verheißungen steht (2.Thess. 3,3); es ist nur immer die Frage, wann die einzelnen Ereignisse eintreten werden; doch daß sie einmal geschehen werden, ist so gewiß, wie auch das jüdische Volk vor zweihundert Jahren nicht dachte, daß es ab dem Jahre 1948 wieder einen Staat Israel geben wird. Für seine Worttreue haben wir trotz der dunkeln Wolken am Horizont Grund zur Anbetung des HERRN.

Klaus Mosche Pülz